

Kriminalprävention durch Gestaltung des öffentlichen Raumes: CPTED

■ Günter Stummvoll

Mit der Gründung der »International CPTED¹ Association« (ICA) im Jahr 1996 wurde von Sicherheitsexperten gemeinsam mit Stadtplanern der Versuch unternommen, einem – wahrgenommenen – erhöhten Sicherheitsbedarf in der Gesellschaft nachzukommen und jene CPTED-Ansätze, die in den 70er Jahren angedacht wurden, wissenschaftlich und professionell zu legitimieren und weltweit in die Praxis umzusetzen. Günter Stummvoll stellt Geschichte und Grundprinzipien des Ansatzes vor. In der aktuellen Diskussion wird das ursprüngliche geographische Modell um soziale und kooperative Komponenten erweitert, bei denen der Koordination zwischen Stadtplanung, Kriminologie und Polizei besondere Bedeutung zukommt.

Heute sind in der ICA etwa 450 Sicherheitsexperten, Vertreter der Polizei, Stadtplanung und Architektur, lokale und regionale Verwaltungsbehörden und Wissenschaftler aus weltweit 30 Ländern vertreten. Neben den europäischen Sektionen in Großbritannien und den Niederlanden (E-DOCA – European Designing Out Crime Association) und den Abteilungen in den USA und Kanada wurde im Jahr 2000 ein »Asia/Pacific Chapter« mit der Basis in Australien eingerichtet. Die diesjährige Jahresweltkonferenz fand vom 14. bis 16. Oktober in Calgary, Kanada statt. Ebenfalls im Herbst 2002 ist eine Konferenz zur weiteren Annäherung der beiden Europäischen Sektionen in Amsterdam geplant.²

Mit einem gesteigerten Verlangen nach Sicherheit als Reaktion auf ein erlebtes gesteigertes Risiko in allen Lebenslagen erhält auch die Kriminalprävention neue Impulse. Dabei lässt sich die wissenschaftliche Diskussion zur Kriminalpolitik der letzten Jahrzehnte im deutschsprachigen Raum bis zu Foucault zurück verfolgen, der als einer der Ersten einen Übergang von der Disziplinargesellschaft zu einer Kontroll- und Sicherheitsgesellschaft konstatierte. Damit hat die strafjuristische Betrachtung in der Kriminalpolitik an Bedeutung verloren und wird zunehmend von einer pragmati-

schen Sicherheitspolitik in den Hintergrund gedrängt. Der Schwerpunkt der Kriminalprävention hat sich, dem britischen Vorbild folgend, in den letzten Jahrzehnten deutlich verlagert, von einer gesellschaftlichen Disziplinierung des Straftäters durch Sanktionierung, Behandlung bzw. Wiedereingliederung in die Gesellschaft, hin zu Maßnahmen zur Veränderung der Tatgelegenheitsstruktur und Stützung sozialadäquaten Verhaltens im öffentlichen Raum. Unklar bleibt jedoch, welchen Einfluss die wissenschaftliche Diskussion auf die soziale Praxis ausübt. Nicht zuletzt aufgrund der zunehmenden Liberalisierung, die den Städten und Regionen mehr Entscheidungsfreiheit und Eigenverantwortung überträgt, bietet sich heute dem Beobachter ein uneinheitliches Bild an präventiven Politiken, ein Patchwork aus »zero-tolerance«, situativer Kriminalprävention, sozial-integrativen Maßnahmen und public-private-partnership. Die Kriminalpolitik erhält dagegen neue Impulse aus dem anglo-amerikanischen Raum, wo Kriminalprävention in engem Zusammenhang mit Stadtplanung und öffentlichem Design diskutiert wird.

Seitdem bekannt ist, dass durch massiven Polizeieinsatz die Entdeckungswahrscheinlichkeit von Straftaten nur unzureichend gesteigert werden kann, und erlediglich einen räumlichen Verdrängungseffekt bewirkt, und dass gleichzeitig die traditionellen Institutionen zur Sozialisation – also Schulen, Kirchen, Familien – versagen, wird die Verantwortung vielfach an den Wohlfahrtsstaat abgetreten, der dann Armut, Arbeitslosigkeit und kriminelles Verhalten bekämpfen soll. Aus dieser neuen Herausforderung für staatliche Einrichtungen hat sich ein umfassender Ansatz zur Kriminalprävention entwickelt, der in einer Kombination aus »Kommunaler Kriminalprävention« und »Quartiersmanagement« auf eine strukturelle Aufwertung eines Wohnviertels abzielt. Eine Reihe von Kriminologen befassen sich heute mit konkreten, situativen Maßnahmen zur Spezialprävention, um gezielt auf die Tatgelegenheitsstruktur Einfluss zu nehmen. Dabei spielen vier Faktoren eine wesentliche Rolle: Täter, Situation, Opfer und Beobachter. Die Belästigung von Personen, Ladendiebstahl und Wohnungseinbruch stellen Handlungssituationen dar, in denen ein Täter auf ein ungeschütztes Zielobjekt trifft. Mit der Idee, Stadtplanung und Design des öffentlichen Raumes in den Dienst der Sicherheitsarbeit zu stellen, wollen CPTED-Experten in einem interdisziplinären Ansatz zwischen Architektur und Kriminologie der Theorie der Tatgelegenheit einen neuen Anwendungsbereich bieten.

Hinter der englischen Abkürzung CPTED verbirgt sich ein Kriminalpräventionskonzept, das in seiner ursprünglichen Fassung von C. Ray Jeffery bereits im Jahr 1971 in einem Buch mit dem Titel *Crime Prevention Through Environmental Design* geprägt wurde. Grundlage für eine kriminologische Anwendung ist die Erkenntnis aus der Sozialpsychologie, wonach ein direkter Zusammenhang zwischen Raumgestaltung und menschlichem Verhalten bzw. menschlicher Wahrnehmung besteht. Dementsprechend kann die Gestaltung – und damit die Nutzung – des öffentlichen Raums einerseits zu einer Reduktion devianten Verhaltens, andererseits zu erwünschten Verhaltensweisen im öffentlichen Raum führen, mit dem positiven Nebeneffekt, dass Konflikte vermieden und die Furcht vor Kriminalität gesenkt werden kann.

Defensible Space, rationales Handeln und soziale Kontrolle

Folgende drei Konzepte haben in der Vergangenheit besonders zur heute aktuellen CPTED-Diskussion um die entsprechende Veränderung der Tatgelegenheitsstruktur beigetragen:

1. C. Ray Jeffery (1971) meinte, dass Soziologen und Kriminologen die sozialen Ursachen überbetonten und dabei räumliche Einflüsse vernachlässigten. Kriminalprävention müsse sich vielmehr auf die Reduktion von Gelegenheiten in der gebauten Umwelt konzentrieren. Ähnlich hatte der Architekt Oscar Newman argumentiert, dessen Buch »Defensible Space« im Jahr 1972 erschien: Architektur und Stadtplanung hätten einen direkten Einfluss auf die Kriminalitätsraten der Stadt.
2. Ein zweiter Einfluss auf den CPTED-Ansatz stammt aus der Theorie rationalen Handelns: In einem täterzentrierten Ansatz konnten Paul und Patricia Brantingham (1975) nach intensiven Studien zur räumlichen Verteilung von Einbruchdiebstählen eine »Raum-Selektionstheorie« erstellen: Demnach stellen Täter bei der Auswahl ihrer Opfer oder Objekte rationale Überlegungen an, wobei das Motiv des Täters, ein geeignetes Ziel und die Zugänglichkeit eine besondere Rolle spielen. Täter wählen Schritt für Schritt ihr Opfer sehr bewusst nach bestimmten Kriterien aus: Wie groß ist das Risiko, erwischt zu werden? Lohnt sich die Tat? Welche Hindernisse müssen dabei überwunden werden?
3. Dazu kommt, drittens, die Diskussion um »informelle soziale Kontrolle« im Anschluss an das Buch »The Death and Life of Great American Cities« von Jane Jacobs (1961): Jacobs zufolge besteht das Sicherheitsproblem in der Verlassenheit und Leere der Straßen, wogegen eine entsprechende Infrastruktur mit Geschäften, Kaufhäusern und Restaurants die Straßen beleben würde und dadurch ein Gefühl der Sicherheit vermitteln könnte. Je mehr Menschen sich im öffentlichen Raum aufhalten, desto mehr Augen kontrollieren die Situation. Daher würde informelle soziale Kontrolle Kriminalität reduzieren und subjektive Sicherheit steigern.

Ausgehend von der Annahme, dass Täter prinzipiell rational handeln, lassen sich nun Alltagssituationen einerseits durch entsprechende Gestaltung des öffentlichen Raumes, andererseits durch ein bestimmtes soziales Umfeld auf ganz bestimmte Art und Weise steuern. Die Prinzipien »defensible space«, »rationales Handeln« und »soziale Kontrolle« bieten eine Reihe von Interventionsmöglichkeiten zur Kriminalprävention. CPTED hat sich zur Aufgabe gestellt, die Tatgelegenheitsstruktur so auszurichten, dass ein potentieller Täter sowohl physische als auch psychische Barrieren zu überwinden hat.

Sind sich Experten über eine allgemeine Problemdefinition dieser Art weitgehend einig, so gehen die Meinungen auseinander, wenn es um die konkrete Umsetzung und um die Finanzierung einzelner Maßnahmen geht: Welche Barrieren sind am wirksamsten? Die Androhung schwerer Strafen? Die Bewachung von Objekten und Personen durch speziell geschulte Beamte? Eine Überwachung des öffentlichen Raumes mit Hilfe von Video-Systemen? Die Installation von Alarmanlagen, Sicherheitstüren, Pupillen- und Spracherkennungssystemen? Die Einfriedung von Wohnhausanlagen und die Errichtung von Zugangskontrollen? Die Proponenten der CPTED-Schule betonen situative Maßnahmen zur sozialen Kontrolle mit Hilfe der Raumgestaltung gegenüber Disziplinarmaßnahmen durch das Strafrecht.

Das aktuelle Raumverständnis

CPTED liegt ein ganz bestimmter Raumbegriff zugrunde. Neben der physischen Komponente der Umwelt wird dem Raum eine soziale Komponente zuerkannt, wodurch sich Folgen für den Planungsprozess ergeben. Wenngleich das Design und die vermittelte Symbolik von Raumelementen, oder auch ausreichende Beleuchtung, entscheidende Wirkung auf die subjektive Sicherheit haben, so erhält der Raum erst durch seine Belebtheit eine ganz bestimmte Charakteristik. Leider wird von Architekten häufig der Raum als »Container« behandelt, der mit Objekten und Leben gefüllt wird, ohne dabei soziale Situationen zu berücksichtigen, die für die Sicherheits-

wahrnehmung entscheidende Auswirkung haben können. Raum sollte dagegen stets als Wechselwirkung zwischen physischer und sozialer Welt betrachtet werden, oder wie Martina Löw definiert, als »relationale (An)Ordnung von Lebewesen und sozialen Gütern« (Löw 2001). Wenn berücksichtigt wird, dass der Raum einem permanenten sozialen Prozess unterliegt, dann sind nicht nur Gebäude, Straßen und Pflanzen raumprägend, sondern auch die (An)Ordnung von Menschen und Menschengruppen. »Durch den Begriff der ›(An)Ordnung‹ mit der hier gewählten Schreibweise wird betont, dass Räumen sowohl eine Ordnungsdimension, die auf gesellschaftliche Strukturen verweist, als auch eine Handlungsdimension, das heißt der Prozess des Anordnens, innewohnt« (Löw 2001, 131). Dieser Raumbegriff, der hier nur kurz angesprochen werden kann, bereitet die Basis für konkrete sicherheitspolitische Gestaltungsmaßnahmen im öffentlichen Raum. Aus der CPTED-Literatur lassen sich drei Grundprinzipien erkennen: Territorialität, natürliche Leitsysteme zur Verhaltenssteuerung und informelle soziale Kontrolle.

Territorialität und Ordnung

Eines der Grundprinzipien von CPTED liegt darin, dem öffentlichen Raum eine bestimmte Identität zu geben, damit sich die Bewohner auch mit »ihrem« Wohngebiet identifizieren können und sich für die Gestaltung zumindest mitverantwortlich fühlen. In der Regel bestimmen Flächenwidmungs- und Bebauungspläne darüber, wie und von wem der Raum genutzt werden soll. Charakteristisch für unsere mitteleuropäischen Städte ist dabei, dass wir von einer gemischten Nutzung sprechen und Gewerbe, Wohnen und Erholungsräume möglichst zu integrieren versuchen. Dennoch entstehen besonders am Stadtrand Wohnsiedlungen, die den »residential areas« in den amerikanischen Suburbs ähneln. Zunächst bestimmen Siedlungsform und Flächenwidmung, zu welchen Tageszeiten ein Raum belebt wird und wann der Raum verlassen und ungenutzt bleibt. Zweitens wirkt aber auch die lokale Ausgestaltung des Raums verhaltensrelevant. CPTED zufolge sollte durch bauliche Gestal-

tung der Eindruck vermittelt werden, dass jemand für den jeweiligen Raum verantwortlich ist (Prinzip der Territorialität). Timothy Crowe definiert »Territorial Reinforcement« folgendermaßen: »The use of physical attributes that express ownership, such as fences, pavement treatments, art, signage, landscaping and the placement of buildings« (Crowe 2000). Klare Eigentumsverhältnisse lassen den Raum als geordnet und »ordentlich« erscheinen. Eine Hierarchie von öffentlichen Freiflächen, teilweise öffentlichen, teilweise privaten bis zu völlig privaten Räumen kann den Nutzern entweder durch natürliche Grenzen wie Sträucher, Grünstreifen, Baumreihen usw. oder durch Zäune und Symbole auf Tafeln vermittelt werden. Diese Gestaltungselemente sollen den Übergang zwischen den jeweiligen Nutzungen schaffen. Schon die Wiener Gemeindebauten der späten 20er und 30er Jahre wurden nach dem Prinzip angelegt: Die Innenhöfe sind zwar öffentlich zugänglich, trotzdem werden sie als »semi-privat« von den Bewohnern betrachtet. Durch die Verantwortung der Bewohner erhält der Innenhof als Übergangszone von öffentlichem zu privatem Raum eine natürliche Kontrollkomponente. Die Grenzen dieses Übergangsraums können durch einen Orientierungsplan zur Anlage, Informationstafeln über die geschichtlichen Hintergründe des Ortes oder charakteristische Gestaltungselemente mit Hilfe bestimmter Baumaterialien und Farben deutlich gemacht werden. Solche Gestaltungsmerkmale wirken identitätsstiftend und steigern die emotionale Bindung an die unmittelbare Wohngegend, ohne dabei die Anlage vom öffentlichen Raum durch Einfriedungen und Schranken abzugrenzen, wie das in den amerikanischen »Gated Communities« der Fall ist. Während eine charakteristische Gestaltung des Raumes und erkennbare Eigentümerverhältnisse positiv auf das Sicherheitsgefühl wirken und auch die Tatgelegenheit reduzieren, wirken vernachlässigte Räume nicht nur verunsichernd, sondern sind auch für weitere Sachbeschädigung, Graffiti und Verschmutzung anfällig. Dieser kontinuierliche Verfall, ausgelöst durch einzelne »Unordnungen« (z.B. zerbrochene Fensterscheiben), ist in der Kriminologie als »broken-windows-Theorie« bekannt. Durch eine deutliche und geordnete Verantwor-

tungsverteilung kann ein Beitrag zur Sicherheit geleistet werden.

Natürliche Leitsysteme zur Verhaltenssteuerung

Ein zweites CPTED-Grundprinzip betrifft die Steuerung der Bewegung von Menschen im öffentlichen Raum. Eine permanente Kommunikation zwischen Umwelt und Mensch mit Hilfe von Symbolen lässt sich im gesellschaftlichen Sub-System Straßenverkehr verdeutlichen: Die Verkehrsleitung erfolgt in erster Linie über Bodenmarkierungen und Verkehrszeichen, die uns sagen, welche Wege erwünscht und welche verboten sind. Dieses Prinzip der Verhaltenssteuerung wird auch im Alltag angewendet und kann für Zwecke der Sicherheit bewusst herangezogen werden, wobei ein durchdachtes Wegeleitsystem im öffentlichen Raum Fußgänger in bestimmte Bahnen lenken kann. Je stärker eine bestimmte Verhaltensweise forciert wird, desto schwieriger wird es, deviantes Verhalten durchzusetzen, und es entsteht ein gewisser Druck zur »Normalität« durch informelle soziale Kontrolle. Dabei können verschiedene Formen, Farben und Materialien zum Einsatz kommen: Ein Fußweg, der leicht schlangenförmig geschwungen ist und aus verschiedenfarbigen Klinkersteinen angelegt wurde, lädt auch zur Benützung ein. Dagegen werden zum Beispiel unbeleuchtete, graue, geradlinige Wege besonders in der Dunkelheit generell gemieden. Hier zählt das Prinzip: »Angebot fördert die Nachfrage«. Verbotstafeln reichen dabei zumeist nicht aus.

Als Planungsgrundsatz sollte gelten, dass öffentliche Räume möglichst multifunktional gestaltet werden. Passagen und Unterführungen gelten meist als unangenehme und schmutzige Orte, die als unsicher erlebt werden, so wie grundsätzlich Durchgangsräume zu Monofunktionalität neigen. Eine Auflockerung des öffentlichen Raumes durch Plätze, die zum Verweilen einladen, ist daher prinzipiell ratsam, um der Sicherheit einen Dienst zu erweisen.

Soziale Kontrolle

Wenngleich jedem Bürger das Recht auf Privatsphäre zugestanden werden soll, so empfiehlt CPTED im öf-

fentlichen Raum das Prinzip »sehen und gesehen werden.« »Natural surveillance« wird von Crowe wie folgt definiert: »The placement of physical features, activities and people in such a way as to maximize visibility. The lightening of public spaces and walkways at night (Crowe 2000).« Es geht dabei nicht so sehr um den kommunitaristischen Gedanken, der in sogenannten »Neighbourhood Watch Programmen« die moralische Verpflichtung der Nachbarschaftskontrolle fordert, sondern lediglich um den Einsatz von räumlichen Gestaltungselementen zur besseren Übersichtlichkeit im öffentlichen Raum. Während wir für unseren privaten Raum Sichtschutz durch Vorhänge und Schallschutz beanspruchen, sollte im öffentlichen Raum natürliche Kontrolle möglich sein. Informelle soziale Kontrolle bewirkt einerseits ein gesteigertes Risiko für kriminelles bzw. deviantes Handeln, andererseits kann dadurch auch das Bewusstsein möglicher Unterstützung für »normale« Verhaltensweisen in Krisensituationen gefördert werden. Denken wir zum Beispiel daran, wo in Einkaufszentren öffentliche Toilettenanlagen platziert sind: Oft in finsternen Nebengängen, die als Sackgassen enden. Bei der letzten Weltkonferenz der »International CPTED Association« in Brisbane wurde ein Projekt zur besseren Gestaltung von öffentlichen Toilettenanlagen als Siegerprojekt ausgezeichnet.³ Traditionellerweise wurden Toilettenanlagen in der Planung als unvermeidliches Übel im öffentlichen Raum behandelt und versteckt im hintersten Winkel eingerichtet. Dementsprechend sind diese Orte Anziehungspunkte für Drogenkriminalität, Belästigung und Verwahrlosung. Ein offensives und attraktives Design vermittelt Sicherheit und verhindert Kriminalität.⁴

Dem Problem des Ladendiebstahls kann durch die Berücksichtigung einer einfachen psychologischen Regel entgegen gewirkt werden: In manchen Fällen kann es von Vorteil sein, wenn der Schalter- bzw. Kassenbereich auf einem leichten Podest positioniert wird. Das vermittelt den Eindruck eines Beobachters, und tatsächlich haben Angestellte von diesem Bereich einen besseren Überblick über die Kunden in ihrem Geschäft. Auf humorvolle Weise kann auch auf eine Videoüberwa-

chung im Geschäft hingewiesen werden: »Wenn Sie daran denken, diesen Artikel zu stehlen, dann lächeln Sie bitte vorher in unsere Kamera – danke.« Die Anordnung der Waren kann ebenfalls einen wichtigen Beitrag leisten: Will man das Blättern in Zeitschriften vermeiden, so empfiehlt es sich, gerade jene Zeitschriften im Kassenbereich zu positionieren. Es lässt sich also festhalten: Soziale Kontrolle kann in Kombination mit Design einen Beitrag zu einer sicheren Umgebung leisten.

Territorialität, natürliche Leitsysteme und soziale Kontrolle im

mit dem Ziel, ein Angebot zur sozialen Integration für die Bevölkerung zu schaffen. Mit Schulen, Spielplätzen, Parks, Geschäften und Nachbarschaftszentren wird eine Infrastruktur geschaffen, die sozialen Kontakt fördern kann. Die für das Grundprinzip »informelle soziale Kontrolle« so wichtigen sozialen Kontakte können nicht moralisch erzwungen werden, sondern müssen als »Nebenwirkung« räumlicher Gestaltung erwirkt werden. Paul van Soomen⁵ berichtet in diesem Zusammenhang von »juvenile meeting places« in Nijmegen in den Niederlanden, die gemeinsam

begreifen, die sich in ein Gesamtprojekt »Kriminalprävention« gemeinsam mit verschiedenen Akteuren eingliedern muss. Das oben erwähnte CPTED-Ordnungsprinzip gilt nicht nur in Zusammenhang mit dem physischen Erscheinungsbild des öffentlichen Raums, sondern inkludiert auch den Aspekt der sozialen Ordnung. Mit speziell ausgebildeten Kontaktbeamten, die neben der Interventionsarbeit auch Informations- und Kommunikationsaufgaben erfüllen, kann auch die Polizei einen pro-aktiven Beitrag zu einer sozialen Ordnung zugunsten der öffentlichen Sicherheit leisten.



öffentlichen Raum sind die drei traditionellen Grundprinzipien von CPTED. Bei der dritten CPTED-Weltkonferenz im Jahr 1998 in Washington D.C. wurde vorgeschlagen, »gemeinschaftsfördernde Maßnahmen« als viertes Prinzip in den Katalog der Grundprinzipien aufzunehmen und damit die CPTED-Ideologie umfassender auszulegen.

Social Planning

Der Aufruf zu gemeinschaftsfördernden Maßnahmen darf hier nicht missverstanden werden. Es geht nicht um ein moralisches Credo der Solidargemeinschaften oder um das ethische Ideal Zivilcourage in einer Bürgergesellschaft, wenngleich diese Werte erstrebenswert sind, sondern es geht um einen Gestaltungsauftrag,

mit den Jugendlichen auf deren Bedürfnisse abgestimmt werden. Darüber hinaus werden für möglichst viele Interessen Angebote geschaffen, von Bildungseinrichtungen über lokale Arbeitsvermittlung bis zu Seniorentreffs. Schulsportanlagen werden außerhalb der Unterrichtszeit auch von der lokalen Öffentlichkeit genutzt, und die Arbeitsvermittlung versucht große Pendeldistanzen zu vermeiden, indem Arbeitsplätze hauptsächlich an die örtliche Bevölkerung vergeben werden.

Die Schaffung von Aktionsräumen und entsprechende Sozialisationsprogramme machen eine Anpassung der Polizeiarbeit erforderlich, denn soziale Kommunikation bringt auch soziale Konflikte mit sich. Zusätzlich zur kriminalistischen Tätigkeit muss sich die Polizei als sozialintegrative Organisation

CPTED in der Praxis: Kooperation und Stadtteilmanagement

Aus zahlreichen erfolgreichen Kriminalpräventionsprojekten, die z.B. in England, den Niederlanden und in Italien auf der Basis von CPTED-Prinzipien durchgeführt wurden, sind verschiedene europäische »Polizei-Labels« als kompakte standardisierte Programme entwickelt worden, die technische, physische, soziale und organisatorische Maßnahmen enthalten, um sowohl Kriminalität als auch Kriminalitätsfurcht zu reduzieren.⁶ Gemeinsam ist diesen Programmen ein Kooperationsansatz. Es zeigte sich, dass zumindest drei Disziplinen durch intensive Zusammenarbeit verknüpft werden müssen: Stadtplanung, Kriminologie und Polizeiarbeit. Dabei muss jede einzelne dieser Disziplinen ihren Schwerpunkt auf die anderen beiden Disziplinen richten. Die Stadtplanung muss speziell bei der Gestaltung des öffentlichen Raumes einige Sicherheitsprinzipien berücksichtigen. Die Kriminologie muss aus der Kriminalstatistik sowie durch Unsicherheitsbefragungen eine geographische Verteilung der Kriminalität erarbeiten bzw. jene Orte ermitteln, die als unsicher wahrgenommen werden (»hot spots«). Die Polizei muss besonders in der Präventionsarbeit mit Rücksicht auf die örtlichen sozialen und geographischen Gegebenheiten reagieren. Bei der letzten »Internationalen Konferenz zu Kriminalprävention durch Stadtplanung«⁷ in Barcelona betonten mehrere Studienautoren die Bedeutung einer zentralen Koordinationsstelle, um die Zusammenarbeit zwischen Stadtpla-

nung, kriminologischer Forschung und Polizeiarbeit zu steuern. Besonders erfolgreich waren dabei jene Initiativen, die sich aktiv mit den Sicherheitsproblemen der Bevölkerung auseinander setzten. Das bedeutet eine Erweiterung des interdisziplinären Ansatzes um Institutionen der lokalen Bevölkerung wie Gebietsbetreuungstellen, Integrationsfonds und Sozialarbeitern bzw. den lokalen Bewohnern selbst. Eine Problem diagnose als Sammlung von Unsicherheitsproblemen in einem klar definierten Wohngebiet soll jeder Intervention vorausgehen, um nicht nur punktuell den Problemen nachzulaufen, sondern lokale und langfristige Problemlösungen anbieten zu können. Erst nach der Problem diagnose kann eine Aufgabenverteilung zwischen Stadtplanung, Polizei und Sozialarbeit festgelegt werden. Wichtig ist, dass die Arbeit prozessorientiert, d.h. Schritt für Schritt geplant, durchgeführt und evaluiert wird. Diese Vorgangsweise entspricht auch dem ISO 9000 Zertifikat zur Qualitätssicherung.

Nach der Erweiterung der CPTED-Prinzipien von architektonisch-städtebaulichen Aspekten zu sozialen Aspekten sprechen manche Autoren

in Fachkreisen von der »Zweiten Generation«. Jene ersten geographischen Ansätze von CPTED befassten sich mit Architektur, Stadtplanung, öffentlichem Design und der Veränderung der Tatgelegenheitsstruktur. Spätere soziale Ansätze bemühten sich um eine soziale Aufwertung mittels integrativen Sozialisationsprojekten in einem Wohnviertel. Vielleicht sollte man aber unter der Berücksichtigung des kooperativen Ansatzes auch schon von einer dritten Generation sprechen, in der Stadtplanung, Sozialarbeit und Polizeiarbeit ein aktives Netzwerk zur Kriminalprävention bilden. Für die kriminologische Forschung stellt sich die Frage, inwieweit das CPTED-Konzept mit der aktuellen Kriminalpolitik kompatibel ist, und im Besonderen, welche administrativen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um eine sozial-ökologische Stadtplanung nachhaltig in den kooperativen Prozess der Kriminalprävention einzubinden.

Mag. Günter Stummvoll arbeitet derzeit als Marie Curie Research Fellow im Department of Criminology an der Keele University in England

Literatur:

- Brantingham P.J. and Brantingham P.L. (1975): The Spatial Patterning of Burglary. In: The Harvard Journal, 14 (2).*
Crowe Timothy (2000): Crime Prevention Through Environmental Design. US Crime Prevention Institute.
Hammerschick W., Karazman-Morawetz I., Stangl W. (Hrsg.) (1996): Jahrbuch für Rechts- und Kriminalsoziologie '95: Die sichere Stadt – Prävention und kommunale Sicherheitspolitik, Nomos Verlag, Baden-Baden.
Jacobs Jane (1961): The Death and Life of Great American Cities. Random House, New York.
Jeffery C. Ray (1971): Crime Prevention Through Environmental Design. Beverly Hills, CA: Sage.
Löw Martina (2001): Raumsoziologie. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.
Newman Oscar (1972): Defensible Space: Crime Prevention Through Urban Design. McMillan, New York.

Anmerkungen:

- 1 CPTED (gesprochen sep-ted) steht für: Crime Prevention Through Environmental Design.

- 2 <http://www.cpted.net/>, <http://www.e-doca.net/frameset-00.htm>, retr. 25.03.2002
 3 »6th International CPTED Conference«; 24.-27. September, Brisbane, Australien
 4 In der Zeit von 1999 bis 2000 wurden die aus den 50er und 60er Jahren stammenden Toilettenanlagen in Brisbane durch das Brisbane City Council generalsaniert. Dabei wurde beispielsweise darauf geachtet, dass die Toiletten direkt von der belebtesten Seite des Platzes und ohne verwinkelte Gänge zugänglich sind. Mit speziellen Dachkonstruktionen sowie durch auffallende farbliche Gestaltung wurde auch auf das Design Wert gelegt.
 5 P. van Soomeren (1998): CPTED and Community Building: The Next Phase. Präsentation bei der 3rd International CPTED Conference, Washington DC.
 6 »Secured by Design« in England, »Safe Housing Police Label« in den Niederlanden, »Vigili di Quartiere – Neighbourhood Police« in Milano, »European Standard« zur Reduktion von Kriminalität und Kriminalitätsfurcht durch urbane Planung und Design.
 7 »International Conference on Safety and Crime Prevention by Urban Design«; 8. und 9. November 2001, Escola de Policia Catalunya, Barcelona.

Karsten Felske

Kriminelle und terroristische Vereinigungen – §§ 129, 129a StGB

Reformdiskussion und Gesetzgebung seit dem 19. Jahrhundert

Bei den §§ 129, 129a StGB handelt es sich um die zentralen Vorschriften bei der Bekämpfung des Organisierten Terrorismus. Die Entstehung der Vorläufernormen dieser Vorschriften im Königreich Preußen, die Fortentwicklung unter den verschiedensten politischen Systemen wird, ausgehend von den Ereignissen der französischen Revolution, unter besonderer Berücksichtigung der Strafrechtsreformbestrebungen im 20. Jahrhundert untersucht und kommentiert.

2002, XIV, 534 S., geb., 61,- €, 104,- sFr, ISBN 3-7890-7774-7

(Juristische Zeitgeschichte. Abteilung 3: Beiträge zur modernen deutschen Strafgesetzgebung, Bd. 7)



NOMOS Verlagsgesellschaft · Baden-Baden
 Fax 07221/2104-43 · nomos@nomos.de